

## Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Mietenpolitischen Dossiers 2021

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
<b>1+3: Neubau per Erb- bau- recht, Boden</b>	<p><u>Neubauziel:</u> „bis 2030 200.000 neue Wohnungen“: macht pro Jahr 22.000 Neubauwohnungen (freifinanz., LWU und Genossenschaften). Damit will die SPD insgesamt fünf Mal mehr Wohnungen als in der Koalition zuvor gebaut wurden. Da zu den dazu notwendigen Baukapazitäten und Fördermitteln in astronomischer Höhe kein Wort verloren wird, ist die Frage nach Wählertäuschung aufgeworfen.</p> <p><u>Bodenpolitik:</u> „Berliner Bodenfonds weiterentwickeln“; Vergabe öffentlicher Liegenschaften an Private nur per Erbbaurecht unter Auflage dauerhafter Bestandshaltung,</p> <p><u>Positiv:</u> „Immer wenn Berlin neues Bauland ausweist, stellen wir sicher, dass die Planungswertsteigerungen der Allgemeinheit zugutekommen“.</p> <p><b>Wenn dies aber beschränkt auf:</b> „alle Bauherren an</p>	<p><u>Positiv:</u> „strategische Ankaufspolitik ..., mithilfe „Berliner Bodenfonds“ intensivieren; per „Bodensicherungsgesetz“ das Erbbaurecht öffnen, fair und sozial gestalten, Konzeptverfahren für 99-jährige Nutzung mit sozialen + ökologischen Auflagen, Residualwertverfahren, d.h. Verkaufspreis in Abhängigkeit von Nutzung; Festpreisverfahren per Reform BauGB und ImmoWertVO</p>	<p><u>positiv:</u> Systemwechsel: Orientierung von Erbbauzins an gemeinwohlorientierter wirtschaftlicher Nutzung statt an Verkehrs- und Ertragswert („sozialer Ertragswert“), Vergabe von Erbbaurechten an Auflagen: Miet- und Belegungsbindung, leistbare Mieten, sozialökologische Kriterien; Flächenvergabe an LWU, Genossenschaften und soziale Bauträger mit dauerhaften Bindungen (Modellprojekt), Vergabe nach Festpreis statt Bestgebot, Berliner Bodenfonds GmbH stärken zur Umgehung der Schuldenbremse, Einführung BodensicherungsG mit Beteiligung Bodenbeirat, sektorale B-Pläne mit Sozialwohnungen-Quoten – anstelle §34-BauGB-Gebiete ohne B-Pläne, weitgehende Abschöpfung von Bodenpreisgewinnen, u.a. durch Abschaffung der Steuerbefreiung nach 10 Jahren</p>	<p><u>vorab:</u> <u>alle Forderungen finden im Grundsatz Unterstützung</u></p> <p>zu 1+3: <u>positiv</u> „Wir finden es richtig, Vergabeverfahren für zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu öffnen. Andere Wohnformen können auf diesem Weg realisiert werden. Festpreise sind ein guter Weg, um Teilhabe für alle zu ermöglichen und Spekulation zu unterbinden.“</p> <p>Unterstützung der Bindung von B-Plan-Aufstellung an Flächen-erwerb des Landes, paritätische Besetzung des Bodenbeirates</p>	<p><u>negativ:</u> beide Parteien ohne Antworten</p>

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
	Infrastruktur- und Folgekosten beteiligt werden“, wird dies auf status quo hinauslaufen;				
<b>2: Vorkaufsrecht</b>	keine Verbesserungen	<u>positiv:</u> „aktive Einbindung und Beteiligung der Hausgemeinschaften sowie der aktiven Zivilgesellschaft“ für Gleichstellung anderer gemeinwohlorientierter Akteur:innen; mehr Transparenz für betroffene Mieter:innen; „bürger*innenschaftliche und gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts“; „transparente Liegenschaftspolitik“ und „aktive Bodenpolitik... per öffentlichen Liegenschaftskataster“; Beteiligung Zivilgesellschaft und Bezirke	<u>positiv:</u> aktivere Rolle der LWU, mehr Kooperation zwischen LWU, SenSW und Bezirken, Gründung von Vorkaufsräten, Informations- und Beratungsstelle für Mieter:innen, Einbindung von Dritten, regelhaften Mieter:innen-Information über Vorhaben und Abwendungsvereinbarungen, Einführung von Preislimitierung über Änderung BauGB und ImmoWertVO, Vorratspolitik durch strategische Ankäufe, Erhöhung der Grunderwerbsteuer, <u>Kritik:</u> Ablehnung der Bindung von B-Plänen an kommunalen Flächenerwerb nicht begründet	<u>positiv</u> berlinweit einheitliche Kriterien zu Ausübung und Abwicklung des Vorkaufsrechts über eine Koordinierungsstelle bestehend aus Senat, Bezirken und Mieter:inneninitiativen, wie DMB mindestens eine zus. Komponente bei Preisbestimmung nach Ertragswert	
<b>4: Mietervertretung/Hausräte</b>	<u>positiv:</u> „kostenlose Mieter:innenberatung in den Bezirken“ für ein „Mietenmoratorium“ im Bund; Einführung Mietenkataster	<u>positiv:</u> s. Grünen- Forderung im KOAV: „Die Koalition unterstützt die Mitbestimmung seitens der Mieter*innenschaft“; Ungleichbehandlung zwischen Mieterräte und Mieterbeiräte per Novellierung WoVG beseitigen, Integration „aller selbstverwalteter Häuser“ in KoopV;	<u>positiv:</u> Einführung bzw. von Mieter:innen-Mitbestimmung, -Mitwirkung und -Mitentscheidung, Stärkung der Selbstorganisation von Mieter:innen, z.B. von Hausräten in Pachthäusern, Ablehnung von Standardisierung wegen zu großer Vielfalt der Organisationsformen, Systematisierung der Erfahrungen durch die WVB, Mieterbeiräte stärken durch Novellierung WoVG, Wiedervorlage des Gesetzentwurfs von Mieterräten und -beiräten	<u>positiv</u> Umsetzung der „Leitlinien für Partizipation“ der LWU, B-Pläne an Zustimmung der Bürger:innen-Beteiligung binden, „erweiterter Kündigungsschutz für Mitglieder von Mieterbeiräten“, Selbstorganisation per LWU-Satzungen regeln, für standardisierte Verfahren	
<b>5: Wohnungslöslichkeit/Leerstände</b>	nichts	<u>Positiv:</u> „Wir wollen insbesondere Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden, personell gut ausgestatteten Fachstellen ,Wohnungsnotfallhilfe‘ in den Bezirken“	<u>positiv:</u> Housing first als Regelansatz, Hilfesystem verbessern u.a. durch enge Abstimmung mit den Bezirken, Safe Places als Regelansatz einführen, Verhinderung von Zwangsräumung, dazu aber Schaffung rechtlicher Handhabe durch Reform Bund	<u>positiv</u> s. unseren Masterplan: Leerstand konsequent beenden, für alternative und gemeinwohlorientierte Wohnmodelle, Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnung deutlich verteuern, illegale Untervermietung	

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
				stoppen, legale Untervermietung fördern	
<b>6: Umwandlungen</b>	„grundsätzliches Umwandlungsverbot von Miets- in Eigentumswohnung in angespannten Lagen“ verschoben auf Bundesebene, weitere Milieuschutzgebiete schaffen	<u>Positiv:</u> mehr Personal in Bezirken zur Überwachung, Abschaffung der Ausnahmen im BauGB	<u>positiv:</u> Berlinweiter Milieuschutz mit entsprechender Ausstattung der Bezirke, einheitliche Anwendung der 2-Jahresregelung (Neuköllner Modell) ist Fortschritt, besser Verkauf an Personen, die zum Zeitpunkt der Umwandlung Mieter:innen sind, Einführung allg. Umwandlungsverbot durch Länderermächtigung nach BaulandmobilisierungsG prüfen, ebenso Genehmigungsvorbehalt ausweiten auf ganz Berlin <u>Kritik:</u> die 2-Jahresregelung („Neuköllner Weg“) ist noch nicht Standard	einheitlicher Rechtsraum im Sinne des Milieuschutzes, dabei klimagerechte Maßnahmen beachten, Zwei-Jahres-Mindestfrist des Hauptwohnsitzes inklusive Kontrolle in ganz Berlin.	
<b>7: feministische Stadtpolitik</b>	nichts	„Antwort wird nachgereicht“	<u>positiv:</u> bezirkliche Frauenräte gründen bzw. stärken, Schaffung einer Anlaufstelle „Fair Mieten“, Einrichtung Runder Tisch Anti-Diskriminierung, besondere Berücksichtigung Alleinerziehender Frauen und besonderer Bedarfsgruppen bei Wiedervermietung, LWU zum Vorreiter des Leitbilds „Berlin vermietet fair“ machen	<u>positiv</u> dringender Handlungsbedarf	
<b>8: Versorgungslücke SWB</b>	„Landesprogramm für eine neue Wohngemeinnützigkeit“ (wäre zu konkretisieren); kooperative Baulandentwicklung „weiterentwickeln“ <u>Kritik:</u> die lfd. koop. baulandentwicklung - realisiert aktuell eine SWB-Quote von 30%, die SPD will eine „Sozialbauquote von 30 Prozent durchsetzen“; also status quo .	<u>positiv:</u> „auch Menschen eine Chance haben, die „etwas zu viel“ verdienen (2.Fördersegment ausbauen), „mindestens 75 oder gar 80 Prozent der Fläche für Menschen mit wenig Einkommen oder im Transferbezug bereitstellen“, dazu mehr Eigenkapital für LWU	<u>positiv:</u> wie in Wien Anteil an kommunalen, genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten am ges. Wohnungsbestand deutlich ausweiten, Anteil bei Neubau bis 2030 auf 50% steigern, mit WBS-Stufe 180% auch Mittelschicht-Haushalte berücksichtigen, dazu gegebenenfalls Zuschuss zum Eigenkapital an LWU, Quote geförderter Neubau-Wohnungen in LWU auf 75% steigern bis zu 100% in best. Projekten, Förderquote in koop. BL-Entwicklung von 30 auf 50% durch erhebliche Aufstockung der Wohnungsbau-Förderung anheben <u>Kritik:</u> fehlende Darlegung der Gründe für verfehlte Ziele des geltenden Koalitionsvertrags, keine Erörterung der Umsetzungsbedingungen, z.B. bzgl. Baukapazitäten und Landesfinanzen	Unterstützung LWU müssen Nettonull-Versiegelung von Boden und eine mindestens ausgeglichene Ökobilanz vorlegen und Passivhaus-Standard erfüllen, Quote an gef. WE sofort steigern, Fixierung auf Neubau kritisch wg „schwerer ökologischer Kosten“, Lückenschluss vor allem durch Zukäufe und Neueinteilung großer Flächen	

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
<b>9: Mieten im „alten“ SWB</b>	nichts (!)	<p><u>positiv:</u> Erhalt des Mietendeckels im SWB (Kostenmiete); konsequentes Durchsetzen des Kostenmietprinzips; Stufenmodell von 2018: 1. Rein objektbezogene Mietforderungen von Vermieterseite, 2. Subjektförderung, wenn Mietbelastung auf Mieterseite zu groß; Unterstützung von mieterstadt.de und Kotti&amp;Co bzgl. Verbot von Entschuldungsgewinnen u.a. Extra-Renditen; subventionierte Wohnungen nicht teurer als nicht subventionierte Wohnungen; Stärkung der zivilrechtlichen Position der Mieterhaushalte bei der Überprüfung der Mietenberechnungen; Unterstützung der Forderung nach effektiver und unabhängiger Mietenkontrolle; „IJB in fragwürdiger Doppelrolle [...] einerseits als Aufsichtsstelle [...] andererseits als Geschäftsbank“; „erst gemeinte Einbeziehung der Expertise der kritischen Zivilgesellschaft ist für ein Gelingen aller künftigen Reformschritte unverzichtbar“</p>	<p><u>positiv:</u> Die Position zur Richtsatzmiete scheint aufgegeben zu sein. Programmatisch wird erstmalig die Anrechnung fiktiver Kosten abgelehnt.</p> <p><u>negativ:</u> Durch sachlich falsche Angaben wird die Absage an Iniforderungen verschleiert, die Antwort bedeutet tatsächlich: Weitere Versuche zur Beseitigung des Mietendeckels im SWB (Kostenmiete) nicht ausgeschlossen; Mietsteigerungen über Kostenmiete hinaus möglich; kein Verbot von Entschuldungsgewinnen und anderen Extra-Renditen, subventionierte Wohnungen weiterhin teurer als nicht subventionierte Wohnungen; keine Stärkung der zivilrechtlichen Position der Mieterhaushalte bei der Überprüfung der Mietenberechnungen; keine Unterstützung der Forderung nach effektiver und unabhängiger Mietenkontrolle; keine Zusage für Beteiligung von kritischer Zivilgesellschaft und externer Expertise nach der Wahl..</p>	<p><u>positiv</u> Unterstützung der Ablehnung fiktiver Kosten, „fundamentaler Konstruktionsfehler des gegenwärtigen Rechts“, kostenfrei anzurufende, staatlich organisierte Schieds- oder Ombudsstelle, Beteiligung an der notwendigen Reform durch repräsentativen Bürger:innenrat, Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit, Kooperationsvereinbarung nicht auf LWU beschränken, bei erfolgreichem DWE Eigentumsrechte an gemeinwohlorientierte Bürger:innen-Stiftung übertragen</p>	
<b>10: Rekommunalisierung neu ausrichten</b>	nichts	<p><u>positiv:</u> Rekommunalisierung ist „eine der zentralsten Aufgaben für Rot.Rot-Grün und muss weiter intensiviert werden“, beim Vorkaufsrecht „Bündnis mit allen gemeinwohlorientierten Akteuren schließen, das beim Vorkauf auch die Bildung von Belegungsrechten, soziale Vermietungspraxis, faire und ökologische Bewirtschaftung und Sanierung usw. vorsieht“, beim VergesellschaftungsG sollte sich „Mieter*innenselbstbestimmung ... in der Besetzung des Aufsichtsrates widerspiegeln, hier ist das Land Berlin ... nicht vertreten, sondern die Mieter*innen“.</p>	<p><u>positiv:</u> Vor- und Ankauf auch für Akteur:innen jenseits der LWU unterstützen, dabei gelten an der Kooperationsvereinbarung (KoopV) angepasste Regelungen, im Rahmen eines WohnungswirtschaftsG Einleitung eines Demokratisierungsprozesses in rekommunal.. Beständen zur Förderung von Mieterräten, Mieterbeiräten und Hausräten, Übertragung der Bestände des DWE-VE in eine AöR durch ein AöR-ErrichtungsG als Ergänzung zum DWE-VergesellschaftungsG, Entschädigung „sehr, sehr deutlich unterhalb des Marktwertes“,</p>		
<b>11: Umbau</b>	in der neuen Legislatur Bestand der	<u>positiv</u> (am klarsten von allen Parteien)::	<u>Positiv:</u>	<u>positiv</u>	

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
<b>LWU/Neubaufähigkeit</b>	<p>kommunalen WE mindestens 400.000, bei zur Zeit ca. 330.000 (inkl. den soeben kommunalisierten 14.000 WE) damit zusätzlich 70.000 in 5 Jahren = 14.000 fertiggestellte WE pro Jahr, d.h. mehr als Verdreifachung der Ist-Zahlen.</p> <p><u>Kritik:</u> auch bei den LWU präsentiert die SPD Phantazahlen - ohne Bezug auf die real fehlende Baufähigkeit der LWU.</p>	<p>„führen und die noch bestehenden Missstände bei der Steuerung der LWU beseitigen“</p> <p>Unterstützung „Konzept für eine Holding für die LWUs und deren Ausrichtung als Anstalt öffentlichen Rechts“, „die große Strukturreform der LWUs stufenweise umsetzen“, „Zudem müssen endlich die Bau- und Planungskapazitäten“ entsprechend Vorschlag der WVB „Managementeinrichtung als AöR die Steuerung der Wohnungsunternehmen bündeln und dann eine Bausteuerungs -GmbH ins Leben rufen“, „Steuerung zentralisieren, Verwaltung dezentralisieren“, Ombudsstelle für alle Mieter*innen, „Dazu wäre besonders eine gesetzliche Änderung im Sinne der Kompetenzen der WVB im Wohnraumversorgungsgesetz notwendig“</p>	<p>Einfluss von Politik und Verwaltung auf LWU ausbauen, dazu gehört auch die Erweiterung der „Mitbestimmungsmöglichkeiten“ der Mieter:innen, Stärkung der Kooperation der LWU u.a. zum Ausbau ihrer Baukapazitäten, dabei „Bauhütte“ als Modellprojekt gründen, Förderung der Mieter-Mitbestimmung „mit Vehemenz“, Systematisierung der Mitbestimmung unter Einschuss einer unternehmensübergreifenden Koordinierungsstelle bei der WVB, Verbesserungen der Servicequalität der LWU vor Ort von Hausmeistern bis zu „wohnortnahen Kundenzentren“, die Aufgabe der WVB der Entwicklung pol. Leitlinien ausweiten auf Unternehmensstruktur und ausgew. Bereiche der Unternehmensführung, Neubesetzung des Fachbeirats,</p> <p><u>Kritik:</u> fehlt Ausbau der Umbaustufen „bis zur Holding“ (s. Wahlprogramm und Erklärung Lederers bei Befragung Spitzenkandidat:innen), fehlt Einrichtung einer LWU-übergreifenden AöR als Ziel des Koalitionsvertrags, 21.000 neue WE in der Legislaturperiode deutlich unter den 30.000 WE laut Koalitionsvertrag</p>	<p>Abkehr von „neoliberaler Unternehmenspolitik“ der LWU, Neubau an Netto-Null-Versiegelung binden, Steuerung durch Verwaltung nach „nach klar definierten sozial-ökologischen Kriterien“, offene Sprechstunden und zeitnahe Bearbeitung vor Ort</p>	
<b>12: Thf retten/Klimaschutz</b>	<p>„Die SPD steht dem Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes offen gegenüber“, „sind für einen zweiten Volksentscheid offen“</p> <p>Weiterführung bisheriger Klima-Maßnahmen</p>	<p><u>positiv:</u> Bebauung nicht vereinbar mit Klimaschutz, „stehen zum Feldgesetz“; „Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung im Jahr 2030 an“, „jede versiegelte Fläche“ ausgleichen,</p>	<p><u>positiv:</u> Gültigkeit des Gesetzes zum Erhalt Thf, neue nicht-kommerzielle Freizeitangebote initiiert durch Initiativen, Senkung der Klimabelastung u.a. durch Verabschiedung eines KleingartenG, dauerhafte Widmung von Friedhöfen als Grünfläche, nachhaltige Bodenpolitik als Entsiegelung und Umnutzung, Entwicklung eines Entsiegelungsplans, Vorrang flächensparenden Bauens, ökologisch verträgliche Bau- und Dämmmaterialien, bei Neubau u.a. durch Holzbau, Änderung der Berliner Bauordnung unter Berücksichtigung der Lebenszyklusphasen baulicher Anlagen im Sinne nachhaltigen Bauens</p> <p><u>Kritik:</u> fehlt: konkrete zeitlich dimensionierte Klimaschützens-Zielstellungen inkl. Auswirkungen auf die Landesfinanzen</p>	<p><u>positiv</u> Thf-Gesetz unverändert gültig, umfassendes Nutzungskonzept für die Immobilie des ehemaligen Flughafens auflegen, Unterstützung „Transformationszentrum als Ort des Lernens, der Bildung und der Forschung“, „weitgehender Verzicht von Neubau“, Fokus auf den Um- und Aufbau des Bestands, Verkleinerung der eigenen pro-Kopf-Wohnfläche (wenn diese bisher überdurchschnittlich ist), Umbau zur „Schwammstadt“ mit sofortiger Nettonull-Flächenversiegelung;</p>	

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
				<u>Kritik:</u> fehlt Argumentation zu Folgen Neubauverzicht auf Zuwanderung	
<b>13: Mieter-Beteiligung Sanierungsgebiete</b>	nichts (!)	<u>positiv:</u> Regelmäßige Information über Vorhaben sowohl des Senats als auch der Bezirke und privater Investoren in der Vorhabenliste, Beteiligungsrat kontrolliert die Umsetzung der Leitlinien <u>Kritik:</u> nicht nachvollziehbare erstaunliche Aussage: „Verpflichtung zur Umsetzung von Empfehlungen/Vorstellungen ... aus früherer Beteiligung ist rechtlich nicht möglich.“	<u>positiv:</u> Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen für Beteiligung von Betroffenen, Durchsetzung der Anwendung von § 137 BauGB in Bezirken, Verhinderung eines Übergewichts von Hauseigentümer:innen in Sanierungsbeiräten, Rederecht für Mieter-Initiativen in Ausschusssitzungen, Verbindlichkeit von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren etc. ausbauen <u>Kritik:</u> keine Auseinandersetzung mit der häufig gegenteiligen Praxis der Partei in den Bezirken	<u>positiv</u> Echte Beteiligung: Bürger:innen zu Mit-Entscheider:innen machen, Aufnahme der Informationspflichten ins Baurecht	
<b>14: Diskriminierung bei Wohnungssuche</b>	nichts (!)	„wird nachgereicht“	<u>positiv:</u> unabhängig von Aufnahmezustand Vorrang eigene Wohnung vor Aufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften, Verpflichtung der LUW zu diskriminierungsfreier Vermietung an Geflüchtete und Menschen mit Migrations-Hintergrund, WBS für alle Geflüchtete, festes Kontingent für Geflüchtete und Wohnungslose,	<u>positiv</u> Vergabe strengen Anti-Diskriminierungsgrundsätzen unterwerfen, Forderung an LWU nach entsprechende Praxis, Erhöhung der Kontingente für Geflüchtete	
<b>15: Genossenschaftsförderung</b>		„wird nachgereicht“	<u>positiv:</u> Zustimmung zu allen Forderungen, Fortsetzung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen durch zinslose Darlehen für WBS-Berechtigte	<u>positiv</u> Bindung der Förderung an die Erfüllung klimapolitischer Bedingungen (z.B. klimaneutraler Bau, Nettonullversiegelung)	
<b>16: Verdrängung von Gewerbe</b>	nichts (!)	<u>positiv:</u> Unterstützung der Forderungen des Wahlprüfsteins, Anpassungen im BauGB, z.B. Ausdehnung des Milieuschutzes auf Gewerbe, s. Grünen-Gesetzentwurf zur Einführung soziales Gewerbemietrecht, „trennschärfere Definition von Gewerbebetrieben bzw. Arten in der Baunutzungsverordnung“, mehr Vorgaben der Bezirke über das Bauplanungsrecht, mehr und neue	<u>positiv:</u> hoher Handlungsbedarf, Vergabe der LWU zwecks optimaler gewerblicher „Durchmischung der Quartiere“, Forderung nach sozialem Gewerbemietrecht auf Bundesebene zur Eindämmung der Explosion der Gewerbemieten	die Gewinnorientierung bei der LWU aufheben, Vorrang der Nahversorgung rechtlich bindend in die Vergaberichtlinien der LWU einfügen.	

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
		landeseigene Gewerbehöfe, Verringerung gastronomischer Betriebe in Baunutzungsverordnung (BauNVO) wie in FK, mehr bezahlbare Gewerbeflächen durch LWU			
<b>17: Datenhoheit über dig. Wohnungsmarkt</b>	nichts	„wird nachgereicht“	<u>positiv:</u> gewachsene Marktmacht der LWU nutzen, um große Portale auszutrocknen“, Aufbau Mietenkataster, <u>zu prüfen:</u> Alternative zu inberlinwohnen.de mangels eigener Marktmacht schwer zu realisieren	<u>positiv</u> Einführung von Digital Service Acts (DSA) bzw. Digital Market Acts (DMA), konsequente Umsetzung bei den Berliner Immobilienplattformen forcieren, gemeinwohlorientierte Plattformen zum Standard machen, „bei inberlinwohnen.de fehlt eine Form der Bürger:innenbeteiligung“, daraus Open Source Projekt machen	
<b>18: En. Modernisierung</b>	Verschiebeparkhaus: „beim Bund für eine weitere Absenkung der Modernisierungsumlage“ -	„wird nachgereicht“	<u>positiv:</u> Vorrang Recycling unter Berücksichtigung von Lebenszyklusphasen (s.o. zu Thf), grundsätzlicher Vorrang von Passivhaus-Standards bei LWU, Belegungsbindungen bei Zuschüssen für energetisch sinnvolle Maßnahmen, Ausrichtung der Förderprogramme an wärmemietenneutraler Sanierung, Verpflichtung der Vermieter:innen zur Inanspruchnahme der Förderprogramme soweit rechtlich möglich, Abschaffung der Modernisierungsumlage auf Bundesebene	<u>positiv</u> Anreize zur Verringerung des hohen Flächenverbrauchs, Neubau nur im Passivhausstandard und unter Grundsatz der Kreislaufwirtschaft, mehr Kontrolle der gef. Modernisierung, von der SPD blockierte Neuordnung der Bauordnung mit Priorität auf Bestandertüchtigung, Recyclingmaterialien, kreativen Umbau (Büros in Wohnraum; Wohnraumverkleinerung; Umcodierung von Räumen), Aufbau einer neuen Berliner Energieagentur	
<b>19: Airbnb austrocknen</b>	nichts	<u>positiv:</u> weiter für schlagkräftiges und strenges Gesetz kämpfen, mit dem wir in Koalition gescheitert sind <u>prüfen:</u>	<u>positiv:</u> Verpflichtung der Behörden der Übermittlung der Unterkunft-Anbieter:innen bei Verdacht der Zweckentfremdung anwenden, Zwang zur Herausgabe steuerrechtlicher Daten nach Hamburger Beispiel,	<u>positiv</u> als Alternative gemeinwohlorientierte Plattformen, die mit Open Source Software arbeiten	

WPS	SPD	Grüne	LINKE	Klimaliste	CDU/ FDP
		für Nutzung der Airbnb-Daten durch die Stadt ist Rechtsrahmen notwendig, den Berlin nicht allein schaffen kann, auch europaweite Regelungen notwendig,	Durchsetzung der Pflicht zur Erhebung der Übernachtungssteuer, per Novellierung des ZweckEntFremdG Ausdehnung auf Ferienwohnungen in Gewerberäumen, Verpflichtung der Internet- und Anzeigenportale auf Veröffentlichung der Registrierungsnummer, Förderung alternativer Plattformen unter der Bedingung gesetzeskonformer Geschäftspolitik, Ablehnung jeglicher Vermietung von Ferienwohnungen	und eng mit Land und Bezirken kooperieren	
<b>20: Taskforce und Schieds- stelle</b>	nichts	„Antworten werden nachgereicht“	<u>positiv:</u> Unterstützung der Forderung nach Taskforce und Schiedsstelle, Ansiedlung der Stellen bei SenSW oder Senatskanzlei, Entwicklung einer kooperativen Stadtentwicklung gemeinsam mit Initiativen und engagierten Bürger:innen	<u>positiv</u> beenden, dass die Interessen junger Menschen ignoriert und mit Füßen getreten, Bestand- schutz für kulturelle Sondernutzung gesetzlich definieren	